

NIEDERSCHRIFT

über die Beratung des Bauausschusses am 22.02.2010

Ort:
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:58 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnahmeliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung der Ausschussmitglieder sowie der Gäste, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung der anwesenden Gemeindevertreter, sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner, der Gäste und der Mitarbeiter der Verwaltung vom Fachbereich Bauen/Wohnen durch den Vorsitzenden des Bauausschusses Herrn Dr. Klocksins.

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden, es sind 6 Gemeindevertreter anwesend.

Die Unterlagen zur Sitzung wurden fristgemäß zugesandt.

Für die Sitzung entschuldigt sind:

Frau Krause-Hinrichs, Herr Stoof, Herr Fountis

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen am 22.02.2010 und 01.03.2010

Frau Neidel

Die unter TOP 8.3.3 aufgeführte DS-Nr. 036/10 „1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-001-c "Eigenherdsiedlung Nord" für das Grundstück Ginsterheide 32 (Aufstellungsbeschluss)" wird noch einmal zurückgezogen und zu einem späteren Zeitpunkt erneut auf die TO gesetzt.

Die geänderte Tagesordnung wird durch den Vorsitzenden des Bauausschusses, Herrn Dr. Klocksins, festgestellt.

TOP 3 Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen am 11.02.2010 und 01.02.2010

Zur Niederschrift der BA-Sitzung am 11.01.2010

Herr Lippoldt

S. 10 muss es richtig heißen: „Herr Dr. Klocksins – Anfrage Förderung Kanalaue“

Zur Niederschrift der außerordentlichen BA-Sitzung am 01.02.2010

Frau Wagner-Lippoldt

Die Beiträge werden in diesem Protokoll als Diskussionsergebnis so wiedergegeben. Es sind tatsächlich nur Denkanstöße gegeben worden. Darüber hinaus sind eine Vielzahl weiter zu diskutierende Festsetzungen von Herrn Freund in seiner Liste vorgesehen worden, die noch nicht behandelt worden sind. Auf diesen Umstand ist ausdrücklich hingewiesen worden. Vielleicht kann man das im Protokoll entsprechend übernehmen.

Herr Dr. Klocksın

Den Hinweis von Frau Wagner-Lippoldt nehmen wir zu Protokoll. Im Übrigen möchte ich mich noch einmal bei Herrn Freund für die zur Verfügung gestellten Materialien bedanken, die der Bauausschuss erhalten hat, so dass die von Ihnen erwähnten weiteren Punkte, die ggf. zu einem anderen Zeitpunkt diskutiert werden sollten, noch einmal Erwähnung finden und uns nicht verloren gehen.

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen am 11.01.2010 und 01.02.2010 werden durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Klocksın, mit o. a. Änderung/Ergänzung festgestellt.

TOP 4 Bericht zu Anfragen und Aufträgen an die Verwaltung

Frau Neidel

Es liegt eine Anfrage von Herrn von Wnuk vor. Die Beantwortung erfolgte schriftlich und wird an alle Ausschussmitglieder in der Sitzung verteilt.

Frau Scheib nimmt ab 18.08 Uhr an der Sitzung teil. Es sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Herr von Wnuk nimmt ab 18.10 Uhr an der Sitzung teil. Es sind 8 Gemeindevertreter anwesend.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

➤ **Geburtstage im Januar**

Herr Dr. Klocksın gratuliert Frau Eiternick und Herrn Dr. Storch nachträglich zum Geburtstag.

➤ **Rederecht**

Zu einzelnen Tagesordnungspunkten gibt es den einen oder den anderen Antrag auf Rederecht, dazu werden wir wie gehabt entsprechend darüber abstimmen.

Herr Dr. Klocksın

1. Es liegt mir ein Schreiben der Bürgerinitiative Zehlendorfer Damm, gerichtet an den Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow, weitergereicht an die Vorsitzenden des Bauausschusses und des Ausschusses für U.V.O. vor. Dieses Schreiben der Bürgerinitiative ist Anlass dafür, dass wir uns in der nächsten

Sitzung mit dem Thema auseinandersetzen sollten.
Ich bitte die Verwaltung diese Problematik auf die nächste TO aufzunehmen.

2. Es liegt mir ein weiteres Schreiben von Herrn Joachim Söder, Am Hochwald 27 vor. Herr Söder nimmt Bezug auf einen Artikel in einer Lokalzeitung, in dem der Eindruck erweckt wird, dass eine Rede hier im Bauausschuss zum Ausbau des Steinweges gehalten wurde, die alle überzeugt hätte. Ich habe mit Herrn Söder telefoniert und ihm deutlich machen können, dass der Bauausschuss ganz unabhängig von im Bauausschuss gehaltenen Reden zu Meinungen und Ergebnissen kommt und sich nicht, wie hier zitiert, von „Berufsrednern“ manipulieren lässt. **(Anlage 3)**

TOP 6 Informationen, Diskussionen und Beschlussempfehlungen des Sachgebietes Tiefbau/Gemeindegrün zu Vorhaben im öffentlichen Bereich hinsichtlich Tiefbau, Verkehrsbauten, Baumaßnahmen zur Ver- und Entsorgung sowie Grünplanungen im Zusammenhang mit Bauleitplanung

TOP 6.1 Allgemeine mündliche Informationen

TOP 6.1.1 Tiefbaugeschehen in Kleinmachnow

Herr Brinkmann

➤ **Frostschäden an Gemeindestraßen**

Zurzeit werden die Frostschäden an den Straßen aufgenommen, um die Angebote einzuholen, damit dann im April/Mai die Reparaturen schnellstmöglich durchgeführt werden können. Einzelne Schlaglöcher wie z. B. im Thomas-Müntzer-Damm und Zehlendorfer Damm wurden bereits ausgebessert.

Die Regeneinläufe wurden freigelegt, damit das Schmelzwasser schnellstens ablaufen kann.

TOP 6.1.2 Information zum Stand Schulwegpläne

Frau Neidel

➤ **Eigenherd-Grundschule**

In der letzten Bauausschusssitzung hatten wir bereits angekündigt, heute den Schulwegplan für die Eigenherd-Schule vorzustellen. Der ist soweit vorbereitet, konnte aber technisch durch unsere ADV-Abteilung augenblicklich nicht umgesetzt werden. Somit wird die Vorstellung des Schulwegplanes zur nächsten Sitzung vorbereitet.

TOP 6.2	Schriftliche Informationen / Meinungsbildung
--------------------	---

TOP 6.2.1	Auswertung der Frostschäden an Asphaltdünnschichten des Winter 2008/2009
----------------------	---

Auswertung der Frostschäden an Asphaltdünnschichten des Winters 2008/2009
BA-Nr. 01/10

Herr Brinkmann
Erläutert dazu.

TOP 6.2.2	Vorstellung einer Planungs idee für einen verkehrsberuhigten Bereichs als Schulwegsicherungsmaßnahme für die Steinweg-Schule
----------------------	---

Frau Neidel

Zu diesem Tagesordnungspunkt möchten wir gern die Meinung des Bauausschusses hören, wie sie dieser Planungs idee gegenüberstehen. Wir haben in der Zusammenfassung noch einmal beschrieben, dass es zwei Ideen gab, die eine wurde aus Sicht der Verwaltung als doch für besser geeignet hier zur Umsetzung empfohlen. Herr Grubert hatte sich seit Mai 2009 sehr persönlich dafür engagiert, eine Verbesserung für die Schulwegsicherheit an der Steinweg-Schule zu forcieren.

Im Zuge der Kosteneinsparung, hat die Verwaltung Ihnen unter IV auf der Seite 3 eine Empfehlung ausgesprochen, eine kleine Variante, nämlich im Kernbereich direkt vor der Schule selbst, in Form eines verkehrsberuhigten Bereiches umzusetzen.

Herr Lippoldt zu Protokoll

Nicht nur der Bürgermeister, sondern auch jeder von uns in der AG Verkehrsorganisation hat sich intensiv mit dem Steinweg beschäftigt und es gab ein einhelliges Votum, weil wir nur einhellige Voten abgegeben haben, die Schulwegsicherheit am Steinweg vorrangig durch Einrichtung einer Fahrradstraße zu gewährleisten. Der verkehrsberuhigte Bereich konterkariert dieses Projekt, ich halte ihn als Ergänzung für sinnlos, denn wenn sie sich verkehrsberuhigte Bereiche vor Schulen ansehen, gleich hier vor der Haustür Eigenherd-Schule, dann stellen sie fest, dass dort häufiger als früher Geschwindigkeitsüberschreitungen eintreten, weil nämlich die Geschwindigkeit dort drastisch reduziert werden soll. Es wird den Kindern eine Sicherheit vorgegaukelt, die tatsächlich nicht vorhanden ist. Das was das Ordnungsamt beim letzten Treffen des U.V.O.-Ausschusses vorgetragen hat, waren die

Geschwindigkeitsüberschreitungen dramatisch. Wenn sie sich in Stahnsdorf den verkehrsberuhigten Bereich vor der Grundschule ansehen, es ist ein einziges Chaos. Die Eltern, die ihre Kinder trotzdem in die Schule bringen, kommen zu Hauf und stehen dann im Pulk vor der Schule, so dass es absolut unzumutbar ist den Wettbewerb zwischen Kindern, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad kommen, den ein- und ausfahrenden Autos der Eltern aufzunehmen. Das einzig Sinnvolle aus meiner Sicht und auch aus Sicht der Arbeitsgruppe Verkehrsorganisation sollte deshalb die Anlage einer Fahrradstraße sein. Und das Positive ist, dass die untere Straßenverkehrsbehörde diese auch als sofort genehmigungsfähig angesehen hat, wenn die Teileinziehung erfolgt. D. h., der erste Schritt der jetzt unverzüglich seitens der Verwaltung geleistet werden muss, ist die Teileinziehung nach § 8 des Brandenburgischen Straßengesetzes durchzuführen. Das ist ein Prozess, der in 4 Monaten spätestens abgeschlossen sein kann und dann dürfte garantiert sein, dass die untere Verkehrsbehörde auch die Fahrradstraße anordnet und zwar vom Heidefeld bis zur Rudolf-Breitscheid-Straße.

Frau Wagner-Lippoldt zu Protokoll

Ich möchte noch einmal auf die Gesetzesgrundlagen und die dazugehörigen Verwaltungsvorschriften hinweisen. Es ist so, dass der Gesetzgeber als Voraussetzung für eine verkehrsberuhigte Zone fordert, dass die Wohn- und Aufenthaltsfunktion auf diesem Gelände im Vordergrund steht, d. h. Kinder dürfen da auch Bobbycar fahren und Sackhüpfen. Und wenn diese Wohn- und Aufenthaltsfunktion nicht gegeben ist, dann sind auch die Voraussetzungen für die Schaffung eines verkehrsberuhigten Bereiches nicht gegeben.

Herr Lippoldt zu Protokoll

In den Verwaltungsvorschriften der neuen StVO seit 1. September heißt es ganz klar, Anordnung eines verkehrsberuhigten Bereiches nur wenn der Verkehr gering ist, d. h., der erste der klagt in einem Streitfall wird möglicherweise die Anordnung des verkehrsberuhigten Bereiches zu Fall bringen, wenn er überhaupt genehmigt werden kann. Der Verkehr muss gering sein, deswegen sind ja verkehrsberuhigte Bereiche nach der StVO ohnehin nur in Anliegerstraßen vorgesehen, niemals auf Sammelstraßen, Haupterschließungsstraßen, völlig undenkbar bei dem Verkehrsaufkommen das auf dem Steinweg ist, halte ich für nicht genehmigungsfähig. Der zweite Aspekt, den die Verwaltung bereits angesprochen hat, ist die Kostenlast, die zu tragen ist. Wir hören erstmals von der Verwaltung, dass das andere schon vorher gewusst haben, dass die Straßenbaubeitragssatzung verkehrsberuhigte Bereiche auch nur in Anliegerstraßen definiert, nicht auf Haupterschließungsstraßen. So dass eine Umlage der Kosten auf die Anlieger in der vorgesehenen Form von 70 % nicht möglich ist.

Frau Neidel

Wenn hier eine Empfehlung als Ergebnis der Diskussion gegeben wird, dann wird die Verwaltung natürlich diese rechtlichen Dinge und die Genehmigungsfähigkeit noch einmal vertiefend abstimmen und prüfen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich:

Herr Dr. Mueller,
Herr von Wnuk,
Frau von Törne,
Frau Scheib,
Herr Sahlmann
Frau Neidel,
Herr Dr. Klocksin

Empfehlung des Bauausschusses:

Prüfung einer Fahrradstraße im Zusammenhang mit einer verkehrsberuhigten Zone vor der Schule und Ausschließung von Stellplätzen in diesem Bereich.

Abstimmungsergebnis zum gestellten Prüfauftrag:

5 Zustimmungen / 0 Ablehnungen/ 2 Enthaltungen – einstimmig zugestimmt

**TOP
6.2.3**

Vorstellung einer Planungsidee für einen verkehrsberuhigten Bereich als Schulwegsicherungsmaßnahme in der Straße Am Weinberg

Frau Neidel

Zur Verbesserung der Schulwegsicherung auch hier der Vorschlag, einen kleinen verkehrsberuhigten Bereich anzulegen. Eine derartige Planungsidee ist den Fachausschüssen bisher nicht vorgestellt worden. Im Vorfeld wurde mit den Schulen abgestimmt, nämlich unter Einbeziehung der Musikschule, des Gymnasiums und der Schullandschaft evangelische Hoffbauerstiftung. Hier ist auch wiedergegeben, dass diese Idee von den Schulen begrüßt wird. Das was an Anregungen oder eher Bedenken geäußert wurde, ist bereits berücksichtigt.

Herr Lippoldt zu Protokoll

Ich bin über diese Vorlage mehr als erstaunt. Wir haben bei der Diskussion über den Haushalt 500.000,00 Euro, die die Verwaltung für den Weinberg vorgesehen hatte gestrichen, mit der ganz klaren Aussage, dass es am Weinberg keinen Umbau der Straße geben soll, dass das Ortsbild und der Charakter der Straße erhalten bleiben soll und die Verwaltung hat auf die Frage von Herrn Dr. Klocksinn eindeutig erklärt, es wird keinen Umbau geben. Tatsächlich wird seit einem Jahr dieser Umbau geplant, obwohl am 18. Dezember 2008 die Gemeindevertretung beschlossen hat, dass ein verkehrsberuhigter Bereich am Weinberg ausscheidet. Sie haben in dieser Zeit 3 Planungen in Auftrag gegeben, ohne dass sie dazu ein Mandat der Gemeindevertretung hatten. Wir sollten bitte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung informiert werden, welche Kosten dafür entstanden sind, dass Ihr Planer einmal einen verkehrsberuhigten Bereich vom Zehlendorfer Damm bis zum Schwarzen Weg geplant hat. Einen weiteren verkehrsberuhigten Bereich von der Straße Im Tal bis zum Schwarzen Weg und als drittes einen verkehrsberuhigten Bereich von der Musikschule bis zum Gymnasium, was noch mehr erstaunlich ist. Sie liefern uns ein Protokoll über eine Sitzung mit der unteren Verkehrsbehörde vom 11. November 2009 in dem klipp und klar drin steht, dass die untere Verkehrsbehörde einen verkehrsberuhigten Bereich vor dem Gymnasium ablehnt. Das passt nicht zusammen.

Frau Neidel

Wie in dem erwähnten Protokoll oder Abstimmungsgespräch zu verzeichnen war und auch mit der Denkmalbehörde abgestimmt wurde, haben beide Behörden empfohlen, das Maß der ersten Planungsidee, also den sehr ausgedehnten verkehrsberuhigten Bereich zu reduzieren. Zumindest von der Denkmalbehörde wurde in Aussicht gestellt, dass die denkmalschutzrechtliche Erlaubnis erteilt werden kann. Mit der unteren Verkehrsbehörde muss erst noch einmal abgestimmt werden.

Rederecht Herr Heinrich – Anwohner Am Weinberg

Abstimmung zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

An der Diskussion beteiligen sich:

Herr Dr. Klocksin,
Herr von Wnuk,
Frau Neidel

Herr Dr. Klocksin unterbreitet folgenden Verfahrensvorschlag:

1. Wir nehmen den Vorschlag der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Wir weisen ihn mit Blick auf die geltende Beschlusslage zurück.
3. Wir fordern die Verwaltung auf, eine geeignete Vorlage, die sich auf die Schulwegung von und nach der Schule konzentriert, für die nächste Sitzung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis zum Verfahrensvorschlag von Herrn Dr. Klocksin:

**7 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen – einstimmig zugestimmt
– Herr Krüger hat an der Abstimmung nicht teilgenommen**

**TOP
6.2.4**

Information zur Zwischenbilanz Verkehrsorganisation "Maßnahmenkatalog "

Frau Neidel

Wie der Vorsitzende in der letzten Sitzung ankündigte, sollte heute möglicherweise Punkt für Punkt das Papier durchgegangen werden.
Erläutert zu den einzelnen Punkten.

An der Diskussion beteiligen sich:

Herr Brinkmann,
Herr Dr. Klocksin,
Herr Wilczek

Frau Neidel

Ergebnisse und Empfehlungen des Bauausschusses werden in die Tabelle eingearbeitet. Diese wird dann als Anlage der Niederschrift mit den Unterlagen verteilt.
(Anlage 3)

**TOP
6.2.5**

**Gehwegbefestigung und Erneuerung Straßenbeleuchtung Steinweg
010/10**

Herr Dr. Klocksin

Herr Lukas, als Anwohner, und Frau Sahlmann haben zu diesem Vorhaben Rede-recht beantragt.

Seitens des Bauausschusses wird den beiden Anträgen auf Rederechte zuge-stimmt.

Frau Neidel

Im Vorfeld wurden bereits drei Varianten vorgestellt. Herr Gröll vom IBS wird zu den einzelnen Varianten noch einmal Erläuterungen geben.

Herr Gröll - Büro IBS

Erläutert noch einmal die geplante Baumaßnahme und geht auf die einzelnen Varianten ein.

Herr Lukas – Rederecht

Die Mehrheit der Anwohner in der Straße Steinweg lehnen alle vorgeschlagenen Varianten ab und setzen sich für die überfällige Instandsetzung ein und plädieren zum Thema Schulwegsicherung für die Ausweisung des Steinwegs als Fahrradstraße. (Die schriftlichen Ausführungen von Herrn Lukas liegen als **Anlage 2** der Niederschrift bei.)

Frau Sahlmann – Rederecht

Es soll ja jetzt ein Konzept erarbeitet werden, in dem die Fahrradstraße in Verbindung mit dem verkehrsberuhigten Bereich berücksichtigt wird.

Wenn das geht soll es mir recht sein. Ich sehe es aber etwas skeptisch und würde es sehr gut finden, bevor hier im Steinweg gebaut wird, dass man sich darüber im Klaren ist, wie das Gesamtkonzept aussieht, also nicht nur das Konzept für die Gehwege, sondern einschließlich des Bereiches vor der Steinweg-Schule mit dem verkehrsberuhigten Bereich, auch der Bereich Rudolf-Breitscheid-Straße. Das ganze muss in eine Maßnahme gepackt und nicht zerstückelt werden in verschiedene Vorlagen.

Als Straßenplanerin bin ich davon überzeugt, dass die Befestigung der Gehwege in einer Breite von 1,20 m nicht ausreichend ist, ein Gehweg muss mindestens 1,80 m Breite haben, damit ein Fußgänger auch an dem anderen vorbei gehen kann. Um eine zusätzliche Versiegelung nicht zu forcieren, ist eine wassergebundene Decke die beste Lösung.

Ich bitte darum, dass der Vorschlag der Bürger berücksichtigt wird.

Herr Wilczek zu Protokoll

Wir haben die Anlage 5, welche die Auswertung von der Bürgerversammlung der Bürgeräußerungen darstellt. Ich finde diese Anlage 5 ist eigentlich eine Zumutung, denn da stehen nur drin Variante 1 - keine Stimme, Variante 2 - 8 Stimmen und Variante 3 – 3 Stimmen und es ist nichts darüber gesagt, was wir jetzt gerade gesagt haben. Ich finde, wenn wir über solche Sachen reden, dann sollten sie auch zu diesem Zeitpunkt hier vorliegen.

An der Diskussion beteiligen sich:

Frau Wagner-Lippoldt,

Frau Scheib,

Herr Brinkmann,

Herr Krüger,

Frau Eiternick,

Herr Dr. Mueller,

Herr von Wnuk,

Herr Dr. Klocksin

Im Ergebnis der Diskussion wurden folgende Forderungen formuliert.

Erneute Prüfung der Varianten mit

1. wassergebundener Decke beidseitig
2. wassergebundener Decke einseitig (Ostseite) und Erhalt respektive des Bestandes (Westseite)
3. wassergebundener Decke einseitig (Ostseite) und Verlegung mit neuen Platten (Westseite)

Voraussetzung bei allen zu prüfenden Varianten:

Umsetzung einer Fahrradstraße und damit verbunden Anpassung der Bordsteinkanten.

Abstimmungsergebnis zum Prüfauftrag:

8 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen - einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur Drucksache 010/10:

0 Zustimmungen / 8 Ablehnungen / 0 Enthaltungen – einstimmig abgelehnt

TOP
6.2.6

**Zeit-Maßnahmenplan zur Umsetzung des am 18.12.2008 mit der DS-Nr. 351/08 beschlossenen Konzeptes "Schulwegsicherheit am Weinberg und am Schwarzen Weg"
023/10**

Frau Neidel

Mit der Drucksache 351/08 vom 18.12.2008 hat die Gemeindevertretung einen Beschluss gefasst, 13 Punkte zu untersuchen und möglichst umzusetzen.

Mit der heutigen Drucksache liegt ihnen eine Empfehlung zur Umsetzung von 3 Maßnahmen vor. Im Einzelnen kann man nachlesen, welche Maßnahme zur Umsetzung empfohlen wird und welche nicht. In der Anlage sind die Untersuchungsergebnisse enthalten. Mit der Untersuchung wurde das Büro von Prof. Stadt beauftragt.

Prof. Stadt

Erläutert zu den einzelnen Maßnahmen.

An der Diskussion beteiligen sich:

Herr Lippoldt,
Herr Dr. Klocksin,
Frau Wagner-Lippoldt,
Frau Neidel,
Herr Sahlmann,
Frau von Törne,
Frau Eiternick

Der Bauausschuss stimmt zu Maßgaben und zwei handschriftlichen Korrekturen/Klarstellungen ab:

- **Maßgabe** zur Empfehlung Umsetzung der Maßnahme 1:

Am Antrag Anordnung Tempo 30 ist festzuhalten und eine erneute Antragstellung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 8/0/0 – einstimmig zugestimmt

- *Handschriftliche Korrektur:*

Bei Bezeichnung der Maßnahme 3 ist handschriftlich im 2. Satz „Westseite“ zu ergänzen.

- *Handschriftliche Klarstellung:*

Nach der Überschrift Anlagen ist handschriftlich „zur Information“ zu ergänzen.

- **Maßgabe** zur Empfehlung Umsetzung der Maßnahme 7
Verfolgung eines kleinen Kreisverkehrs und aktiv den Kontakt mit den Eigentümern und der unteren Landschaftsschutzbehörde suchen.
Abstimmungsergebnis: 1/4/3 – mehrheitlich abgelehnt

- **Maßgabe** zur Empfehlung Umsetzung der Maßnahme 9:

Der in Klammern stehende Satz wird ersatzlos gestrichen.

Abstimmungsergebnis: 8/0/0 – einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur Drucksache mit 2 Maßgaben und 2 handschriftlichen Korrekturen/Klarstellungen:

8 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen einstimmig zugestimmt

TOP 7 Stand der Vorbereitung und Realisierung gemeindeeigener Gebäude und bauliche Anlagen

TOP 7.1 Mündliche Informationen

Herr Mielke

Informiert über den am 19. Januar 2010 in der 4. Ebene der 3. Grundschule auf dem Seeberg entstandenen Brandschaden, zum aktuellen Stand und Erkenntnissen.

Weitere Informationen in der nächsten Sitzung.

TOP 7.2 Schriftliche Informationen

TOP 7.2.1 Information zum Stand der Hochbauprojekte

Frau Neidel

Verteilt wurde die aktualisierte Übersicht mit Stand 09.02.2010.

TOP 7.2.2 Aufstellung des Bebauungsplanes KLM-BP-019-8 "Wohngebiete im Ortskern" (Aufstellungsbeschluss) 035/10

Frau Eiternick nimmt nach § 28 der GO an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Ernsting

Es handelt sich bei diesem Beschluss um die Einleitung eines erneuten Änderungsverfahrens des Bebauungsplanes Nr. 19 im Bereich der Förster-Funke-Allee. Der Bebauungsplan war bereits im vergangenen Jahr geändert worden, damals ging es u. a. um die Zulassung von Einfriedungen in Form von Sichtschutzwänden zwischen Terrassen bei Doppelhäusern. Diese Trennwände fallen auch unter den Begriff der Einfriedung und sind inzwischen als zulässig in den Bebauungsplan aufgenommen. Der jetzt vorliegende Antrag resultiert aus den Bemühungen der Verwaltung, die Bebauungspläne auch durchzuführen, indem die Eigentümer bei Verstößen z. B. gegen die zulässige Art der Einfriedung angeschrieben werden. Aus einem solchen Anhörungsverfahren resultiert der jetzt vorliegende konkrete Antrag, die Einfriedungen, die bisher bei einer Höhe von 1,20 m lagen, auch höher zuzulassen. Mit diesem Beschluss würde das Bebauungsplan-Änderungsverfahren gestartet.

Herr Priebe - Rederecht

Der Bewohner des Flämischen Viertels schildert die Situation in Bezug auf die Einfriedung.

An der Diskussion beteiligen sich:

Herr Dr. Mueller,
Frau von Törne,
Herr Krüger,
Herr Ernsting,
Herr Lippoldt,
Herr Meyer

Im Ergebnis der Diskussion kann festgestellt werden, dass die Bauausschussmitglieder sich vor dem Hintergrund der mit der gewünschten Planänderung verbundenen Auswirkung zurückhaltend zu dem Antrag äußern.

Herr Dr. Klocksin

Bittet die Verwaltung einen Entwurf zu fertigen, der einen praktikablen Vorschlag zur Handhabung enthält. In diesem Zusammenhang würde ich die Verwaltung bitten, die Drucksache heute zurückzuziehen.

Frau Neidel

Die Verwaltung zieht die Drucksache zurück.

**TOP
7.2.3**

Vorstellung der Planungsvorbereitung für den Bau einer 2-Feldsporthalle Maxim-Gorki-Gesamtschule

Herr Mielke

Die Gemeindevertretung hat im Oktober des letzten Jahres den Beschluss zur Errichtung einer Zweifach-Sporthalle gefasst und eine Maßgabe dazu formuliert, dass die veranschlagten Kosten von ca. 5,1 Mio. Euro um mindestens 10 % zu reduzieren seien.

Das Büro KSG (Kommunale Sportstätten GmbH) wird heute eine Fortschreibung der Vorplanung für die Zweifach-Sporthalle vorstellen, die dieser Maßgabe entspricht.

Herr Ahlert – Büro KSG

Erläutert die überarbeitete Vorplanung.

An der Diskussion beteiligen sich:

Herr Dr. Klocksinn,

Herr Meyer,

Frau von Törne,

Frau Scheib,

Herr von Wnuk,

Herr Lippoldt,

Frau Neidel

Der Bauausschuss empfiehlt folgende Sicherstellungen bei der Umsetzung des Entwurfes:

1. Die separate Nutzung der Toiletten vom Sportplatz soll möglich sein, ohne dass das Gebäude insgesamt offen steht.

Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0

2. Gewährleistung einer Option für eine Fotovoltaikanlage.

Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0

3. Einbau eines Fahrstuhls sollte zumindest optional gewährleistet sein.

Abstimmungsergebnis: 4 / 2 / 2

4. Parkplätze - östliche Seite der Schule keine Parkplätze

Abstimmungsergebnis: 6 / 0 / 2

5. Fassade – andere Möglichkeit der Präsentation

Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0

Herr Dr. Klocksinn

Schlägt vor, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und des Vorliegens eines Rederechtsantrages von Herrn Priebe, die unter TOP 8.3.2 aufgeführte Drucksache 035/10 vorzuziehen.

Der Bauausschuss stimmt der vorgeschlagenen weiteren Verfahrensweise und dem beantragten Rederecht einstimmig zu.

**TOP
7.2.4**

**Ergänzung zum Errichtungsbeschluss zum Neubau einer Waldorf-Kindertagesstätte Auf dem Seeberg (Präzisierung zum bereits gefassten Errichtungsbeschluss DS-Nr. 096-1/08 vom 24.04.2008)
017/10**

Frau Neidel

Für den Neubau der Kita Waldorf auf dem Seeberg war bereits ein Errichtungsbeschluss gefasst worden, der aus heutiger Sicht nicht den Anforderungen eines Errichtungsbeschlusses entspricht. Die Verwaltung hielt es für erforderlich, diesen Errichtungsbeschluss zu ergänzen und auf den Stand zu bringen, wie es den normalen Anforderungen entspricht. Beigefügt ist die aktuelle Planung, die Herr Mielke

gern heute erläutern wird.

Herr Mielke

Erläutert zur Beschlusslage.

Herr v. Wnuk

Für mich, der an diesem Auswahlprozess beteiligt war, trug auch das Kostenargument zu bei dieses Büro auszuwählen. Nun machen wir eine Kostenlandung, die 100%ig bei dem Architekten bekanntem Haushaltsansatz landet.

Diesem Entwurf werde ich überhaupt erst dann zustimmen, wenn es eine Kostenberechnung gibt, die eine Kostenberechnung ist. Wir haben hier nur die erste Kostengruppe, die erste Gliederungsstufe und nicht die zweite. Insofern ist dann auch letztendlich der Architekt für uns überhaupt nicht kontrollierbar, das ist eine formale Frage. Aber wie man mit diesem Aspekt der Kostensteigerung umgeht, das sollten wir doch noch einmal intensiver diskutieren.

Frau Scheib

Wie ist der Raum- und Platzansatz quadratmetermäßig im Vergleich zu einer Standard-Kita im kommunalen Bereich?

Herr Dr. Klocksinn

Ich schlage vor, die Behandlung der Beschlussvorlage auf die Sitzung am 01.03.2010 zu vertagen, um der Verwaltung die Chance zu geben eine Vorlage zu fertigen, die genau diesen Kriterien Rechnung trägt, in einer klaren Gegenüberstellung zu dem was an Aufwuchs da ist, im Gegensatz was Grundlage unserer Meinungsbildung vorab gewesen ist.

Ergänzung am 01.03.2010

Herr Dr. Klocksinn

Es liegt ein Antrag auf Rederecht von Frau Landau, Geschäftsführerin des Kindergartens vor.

Der Bauausschuss stimmt dem Rederecht einstimmig zu.

Frau Landau - Rederecht

Weist auf die Dringlichkeit der schnellen Umsetzung des Neubaus hin. Frau Landau schildert den momentanen Zustand der zurzeit genutzten Baracke und schildert zur künftigen Küchenutzung- Vollküche mit 25 qm.

Frau Neidel

Es wurden ergänzende Unterlagen zur Drucksache verteilt.

1. Kostenvergleich Kostenschätzung/Kostenberechnung
2. Benennung der Mehrkosten gegenüber Kostenschätzung für die Kostengruppen 200, 300 und 400
3. Flächen- und Kostenvergleich Erweiterungsbau Kita Freundschaft und Planung Waldorf-Kita

Herr Prof. Löffler – Büro Löffler und Kerbl

Erläutert an Hand des überarbeiteten Konzeptes das geplante Bauvorhaben.

Herr Kerbl

Erläutert zu den Kosten.

An der Diskussion beteiligen sich:

Herr Dr. Mueller,

Herr Wilczek,

Frau von Törne,

Herr von Whuk,

Frau Neidel

Zusammenfassung der Diskussion

Herr Dr. Klocksin

Ich weise darauf hin, dass wir eine Kostensteigerung von 466.000,- Euro haben.

Weiterhin weise ich darauf hin, dass die jetzt vorgestellten Einsparpotenziale einschließlich der Kostengruppe 500 Außenanlagen mit 15.000,- Euro eingerechnet bei 183.000,- Euro liegen. Das kann nicht befriedigen. Ich weise auch darauf hin, dass die Vergrößerung der Gesamtanlage bisher überhaupt nicht Inhalt der Diskussion war, was ja Niederschlag in bauwerkskonstruktionstechnischen Anlagen hat. Ich bin auch der Auffassung, dass der Hinweis der Architekten sehr wohl ernst zu nehmen ist, dass eine entsprechende Ausstattung der Küche angemessen und klug wäre. Ein Herausziehen der Küche alleine wäre nicht die Lösung des Problems. Ich könnte mir vorstellen, dass man zumindest optionswährend agiert.

Ich bitte die Verwaltung um einen Verfahrensvorschlag, wie sie gedenkt die Kostensenkung bei gleichzeitigem Qualitätserhalt der Baumaßnahme umsetzen zu können und in welchem Zeitrahmen sie meint, den Ausschuss damit befassen.

Frau Neidel

Die Verwaltung zieht die Beschlussvorlage zurück und wird bis zur nächsten Bauausschusssitzung am 19. April 2010 unter den gegebenen Hinweisen eine Überarbeitung vornehmen.

Ich weise darauf hin, dass die Verwaltung erkannt hat, dass der ursprüngliche Beschluss sehr unscharf war. Eine Kostenprognose der Verwaltung beinhaltete nur einen Lageplan und wir selber Handlungsbedarf zur Präzisierung gesehen haben.

Herr Wilczek zu Protokoll

Solche Punkte sollte man in künftige Planungen bei Bauvorhaben schon einmal mit einkalkulieren, damit man diese Kosten, die dann zusätzlich entstehen, schon vorher einplant.

Abstimmung zum Vorschlag:

8 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen– einstimmig zugestimmt

**TOP
7.2.5** **Zurverfügungstellung kommunaler Gebäudeflächen zum Zwecke der Installation
und Nutzung von Photovoltaikanlagen
030/10**

Frau Neidel

Mit dieser Drucksache hat die Verwaltung ein grundsätzliches Vorgehen mit dem Umgang der Gebäudeflächen zum Zwecke der Installation und Nutzung von

Photovoltaikanlagen vorgeschlagen. In der letzten Zeit gab es Diskussionen, wer soll und kann welche Flächen nutzen. In der Vergangenheit gab es keine grundsätzliche Lösung. Wir haben Ihnen in der Anlage einen Muster-gestattungsvertrag vom deutschen Städte- und Gemeindebund beigelegt.

Wenn diese Beschlussvorlage Ihre Zustimmung finden würde, soll das die Grundlage sein, für den zukünftigen Umgang mit den Dächern gemeinde-eigener Einrichtungen.

Abstimmungsergebnis zur DS-Nr. 030/10: **5 / 0 / 1 – einstimmig zugestimmt**

TOP 8 **Informationen, Diskussionen und Beschlussempfehlungen des Sachgebietes Stadt-
planung/Bauordnung zu Satzungen und Beschlüssen nach dem Baugesetzbuch
und der Bauordnung**

**TOP
8.1** **Allgemeine mündliche Informationen**

Herr Ernsting

Wir sind im Augenblick dabei die eingeholten Bewerbungen/Angebote von Stadtplanungsbüros für die städtebaulichen Leistungen zum B-Planverfahren KLM-BP-007 „Altes Dorf“ auszuwerten und werden voraussichtlich in der nächsten Woche zu einer Vergabeentscheidung gelangen.

**TOP
8.2** **Schriftliche Informationen / Meinungsbildungen**

Herr Ernsting

Es gibt ein von der Gemeindevertretung beschlossenes Konzept für die gemeindeeigenen und nichtgemeindeeigenen Denkmäler und Erinnerungsstätten. Mit dem Flyer, den wir Ihnen zur Information vorgelegt haben, soll für die Öffentlichkeit, für interessierte Bürgerinnen und Bürger einfach einmal dargestellt werden, wo befinden sich solche Einrichtungen, Stolpersteine, Gedenkstätten und Erinnerungsstätten im Gemeindegebiet. Es gab immer wieder Anfragen an die Verwaltung, ob es einen Übersichtsplan gibt. Zielstellung ist, durch diesen Flyer, der im Gemeindeamt, beim Heimatverein oder im Internet einsehbar sein wird, den Bürgern Möglichkeiten zu zielgerichteten Spaziergängen im Gemeindegebiet zu geben.

Frau von Törne

Der Flyer ist so schlecht lesbar, viel zu klein. Die Schrift müsste verändert werden und eine andere Farbe wäre erstrebenswert. Ich würde den Namen „Flyer“ nicht unbedingt verwenden, vielleicht „Informationsblatt“.

Herr Lippoldt

Ich möchte daran erinnern, dass die Gemeinde eine kleine Broschüre herausgegeben hat „Denkmäler in Kleinmachnow“, die zu dem jeweiligen Denkmal auch eine kleine Erläuterung hatte. Das könnte man wieder aufgreifen. 500 Stück als erste Auflage halte ich für massiv zu wenig. In der Ziffer 31 würde ich „ehemalige“ Autobahnbrücke weglassen.

Herr Dr. Klocksin

Die unter Schutz stehende alte Autobahnbrücke ist nicht eingezeichnet. Grundsätzlich stellt sich die Frage nach der Funktion. Ich finde es gut darüber zu informieren, was sich im Ort verbirgt, da mag auch touristisches und und denkwürdiges ineinander übergehen, aber dann müsste man das auch in der Form der Präsentation bringen, die minimale Nutzbarkeitsvoraussetzungen hat. Die uns vorliegende kartographische Grundlage ist eindeutig zu klein und zu schwach im Druck. Die Vielfalt der eingezeichneten Kreise überdeckt die Karte in einer Art, die es nicht mehr möglich macht, sich an dieser Karte in irgendeiner Weise zu orientieren und die hier genannten Ort auch punktgenau zu identifizieren. Ich halte diesen konzeptionellen Ansatz für nicht sinnvoll und verbunden mit dem Hinweis von Herrn Lippoldt, dass hier ja bereits schon etwas geschehen ist, würde ich anregen, dass Sie Eingedenk der Anregungen hier und Angedenk der Anregungen vorhergehender Aktivitäten beides versuchen zusammenzuführen.

Herr Dr. Mueller

Ich bitte alle die Orte, die für unsere Erinnerungskultur in Kleinmachnow von Bedeutung sind, erst einmal aufzulisten. Es wäre gar nicht schlecht, wenn der Heimatverein das noch einmal überblickt.

Herr Ernsting

Zielstellung war, dass zunächst die Fachausschüsse informiert werden und erst danach auch der Heimatverein, also werden wir die Unterlagen morgen an ihn weiterleiten. Ich freue mich darüber, dass die Arbeit die dahinter steckt, trotz allen Anregungen, die jetzt noch gekommen sind, durchaus auch Ihre Würdigung findet.

Herr Wilczek

Was sind bis jetzt für Kosten entstanden?

Herr Ernsting

Ca. 500,- bis 1.000,- Euro.

**TOP
8.2.2**

Information, Diskussion und Meinungsbildung zu Inhalten eines zu erarbeitenden B-Plan-Vorentwurfes, hier: Bebauungsplan-Verfahren KLM-BP-001-h" Eigenherd Nord"

Herr Ernsting

Wir übergeben Ihnen heute einen Vorschlag für künftige Inhalte eines Bebauungsplanes. In diesem Fall Fortführung des Bebauungsplan-Verfahrens Eigenherd Nord KIM-BP-001-h. Umgrenzt von den Straßen Uhlenhorst, Langendreesch, Jägerstieg, Auf der Reutte. Es ist eine der letzten noch offenen unbeplanten Lücken im Bereich der Eigenherdsiedlung Nord nördlich der Ernst-Thälmann-Straße. Vorgeschlagen wird Ihnen hier eine Planzeichnung (Anlage 2) und ein Katalog an textlichen Festsetzungen, der sich im Wesentlichen an dem orientiert, was wir in der Sitzung vom 01. Februar und in den Diskussionen und im Kriterienkatalog für Bebauungspläne in der Gemeinde Kleinmachnow vorfinden. Dieses Plangebiet ist, wie Sie in der Anlage 2 sehen können, natürlich in den letzten Jahren durch die Baugenehmigungen nach § 34 BauGB weiter bebaut worden, es gibt nur noch wenige Baulücken. Aber es gibt durchaus entlang der Straße Auf der Reutte die nicht ganz unrealistische Möglichkeit, dass in zweiter Baureihe weitere Bauvorhaben dort zugelassen werden können. Das entspricht auch nicht der städtebaulichen Zielsetzung und deshalb streben wir an, das Bebauungsplanverfahren in Kürze fortzusetzen. Wir würden nach der heutigen Abstimmung über die Inhalte ein Planungsbüro beauftragen. Das Planungsbüro wird dann sicher noch einmal eine detaillierte und vertiefende Bestandsaufnahme vornehmen. Der Vermessungsplan muss aktualisiert werden und dann würde Ihnen in Kürze ein Beschluss zur Billigung eines Bebauungsplan-Vorentwurfes vorgelegt werden.

An der Diskussion beteiligen sich:

Frau von Törne,
Frau Wagner, Lippoldt,
Herr Dr. Klocksin,
Herr Meyer,
Herr Ernsting,
Herr von Wnuk,
Herr Dr. Storch,
Herr Freund

**TOP
8.2.3**

Information Diskussion und Meinungsbildung zur Situation Panzerdenkmal

Frau Neidel

Es liegt Ihnen eine Information zum Panzerdenkmal in Kleinmachnow vor. Das Ministerium für Forschung Wissenschaft und Kultur hat sich an den Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow gewandt und mitgeteilt, dass für das Panzerdenkmal Fördermittel zur Verfügung stehen, um die schon lange anstehende Sa-

nierung an diesem Panzerdenkmal durchzuführen. Die Gemeinde wird gebeten sich zu äußern, ob sie einen Anteil in Höhe von 23.252,00 Euro, der bisher noch offen ist, für diese Sanierungsmaßnahme aus dem Haushalt bereitstellen könnte, um sich an der Finanzierung zu beteiligen. Da es immer wieder zu Diskussionen kommt haben wir in der Anlage 3 einige Bilder beigefügt.

An der Diskussion beteiligen sich:

Herr Wilczek,
Herr Freund,
Herr Dr. Klocksin,
Frau von Törne,
Herr Dr. Mueller,
Frau Wagner-Lippoldt

Frau Neidel

Weist darauf hin, dass es nicht um ein generelles Abschieben des Denkmals an die Gemeinde Kleinmachnow geht sondern es geht hier nur um eine Kostenbeteiligung an der Sanierung.

TOP 8.3	Diskussion und Beschlussempfehlungen zu laufenden Verfahren
--------------------	--

TOP 8.3.1	1. Änderung des Bebauungsplanes KLM-BP-033 "Bürgerhaussiedlung Süd" (Aufstellungsbeschluss) 034/10
----------------------	---

Herr Ernsting

Erläutert den Beschlussvorschlag.

Frau von Törne

Unsere Fraktion wendet sich gegen eine Änderung des B-Planes.

Herr Sahlmann

Kann die Ablehnung nur unterstützen, es würde eine Vorbildwirkung darstellen.

Herr Lippoldt

Der Ausschluss von Mobilfunkanlagen muss in dem Bebauungsplan mit aufgenommen werden, da es sich um ein reines Wohngebiet handelt. Es besteht Konsens im Bauausschuss, dass alle B-Pläne die neu angefasst werden auch den Ausweis der Art der Nutzung bekommen und das Verbot von Mobilfunkanlagen.

Herr Ernsting

Notwendig ist, um dieses Vorhaben zu rechtfertigen, eine einheitliche Änderung für das gesamte Plangebiet. Es ist nicht beabsichtigt, das gesamte Planverfahren auch für andere Regelungen aufzugreifen, denn wir würden dann sicherlich in die Notwendigkeit kommen, dass wir einen deutlich höheren Aufwand betreiben müssen, der haushaltstechnisch bisher auch nicht untersetzt ist.

Abstimmungsergebnis zur DS-Nr. 034/10:

0 Zustimmungen / 3 Ablehnungen / 3 Enthaltungen – einstimmig abgelehnt

TOP 9 Anträge von Gemeindevertretern oder Fraktionen

TOP 9.1 Antrag FDP-Fraktion - Bauleitplanung Kleinmachnow

Die Gemeinde Kleinmachnow wird keine Bebauungspläne zu den beiden nachstehend spezifizierten Gruppen aufstellen:

1. Bebauungspläne, die mit ihrem Geltungsbereich den Außenbereich oder Teile davon betreffen.
2. Bebauungspläne zur Überplanung des Innenbereichs, mit denen eine Nachverdichtung ermöglicht wird, indem sie zum Beispiel eine dritte Reihe der Bebauung zulassen.

Herr Lippoldt

Erläutert den Antrag.

An der Diskussion beteiligen sich:

Herr Dr. Mueller,
Herr Ernsting,
Frau Neidel,

Herr Dr. Klocksins- **Verfahrensvorschlag**

Der Bauausschuss bittet die Verwaltung beim Städte- und Gemeindebund nach einer Erfahrungsauswertung nachzufragen und uns diese vorzulegen.

Meine Empfehlung wäre, dass wir den Antrag dann wieder aufrufen, wenn wir eine Antwort vom Städte- und Gemeindebund erhalten haben, um auf der Basis dieses Kenntnisstandes weiterzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis zum Verfahrensvorschlag von Herrn Dr. Klocksins:

4 Zustimmungen / 1 Ablehnungen / 1 Enthaltung – mehrheitlich zugestimmt

Der Antrag wird vertagt, mit der Wiedervorlage mit entsprechender Empfehlung.

TOP 9.2 Antrag SPD/PRO-Fraktion - Erhalt des Geländes um den Buschgraben

Der Bürgermeister wird beauftragt, kurzfristig die notwendigen rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Erhalt des „Geländes um den Buschgraben“ als Freiraum zu sichern und der Gemeinde ihre planerische Gestaltungshoheit für diesen Bereich zu bewahren.

Herr Ernsting

Es geht hier speziell um den Bereich Verlängerung Wolfswerder und ist Ihnen auch bekannt als Änderung des FNP Nr. 11.

Herr Dr. Klocksin

Ich bitte darum, bei der weiteren Beratung dieses Antrages künftig den Begriff „Verlängerung Wolfswerder“ (FNP Nr. 11) zu verwenden.

An der Diskussion beteiligen sich:

Herr Lippoldt,
Frau Eiternick,
Herr Dr. Mueller,
Frau von Törne,
Herr Ernsting,
Herr Wilczek,
Herr Dr. Klocksin

➤ **Antrag auf Rederecht Frau Dirksen.**

Seitens des Bauausschusses wurde dem Antrag auf Rederecht zugestimmt.

Frau Dirksen – Rederecht

Eigentümerin einer Parzelle, angrenzend an das Grundstück Wolfswerder 88 in der Verlängerung, versucht seit vielen Jahren eine Zustimmung zu bekommen, dass diese in den enddreißiger Jahren gekauften Bauparzellen mit Einzahlung in die Pflasterkasse endlich einmal ihrem Zweck zugeführt werden dürften. Frau Dirksen möchte wenigstens eine Gleichstellung dieser Parzellen mit den Parzellen Am Rund.

Herr von Wnuk – GO-Antrag

Das ganze Vorhaben ist sehr kompliziert, ist emotional besetzt und hat eine ganz lange Geschichte. Ich stelle den GO-Antrag, dass man diese Drucksache noch einmal in einem angemessenen und inhaltlich tragenden Inhalt überführt, damit wir hier auch solide vorankommen können.

Herr Dr. Klocksin - Zusammenfassung

Der Antragsteller wird gebeten Präzisierungen vorzunehmen. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung hat immer von Spezifikationen gesprochen. Auf der Basis dieser spezifizierten Vorlage sollte in der nächsten Sitzung des Bauausschusses darüber beraten werden.

Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag von Herr von Wnuk:

6 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltung – einstimmig zugestimmt

TOP 10 Diskussion und Beschlussempfehlungen zu vorliegenden Anträgen von Bauherren:
--

TOP 10.1 Ausnahmen von der Veränderungssperre
--

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 10.2 Befreiung von planungsrechtlichen Festsetzungen

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 10.3 Abweichungen von der Gestaltungssatzung

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 11 Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung

Keine Anfrage.

TOP 12 Sonstiges

Herr von Wnuk
Ich hatte einige Fragen zur Kita Freundschaft – Kostensteigerung an die Verwaltung gestellt und auch Antworten erhalten. Ich würde gern in der nächsten Ausschusssitzung die Antworten noch einmal hinterfragen.

TOP 16.1 Mündliche Informationen

TOP 17 Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung

Keine mündlichen Anfragen!

Dr. Jens Klocksinn
Vorsitzender des Bauausschusses

Anlagen

